

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 20

Artikel: Die Reformbewegung in der UdSSR
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094257>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Reformbewegung in der UdSSR

1. Von Breschnew zu Gorbatschow

Die sowjetische Wirtschaftskrise, die in ihrer ganzen Tragweite und mit ihren über das Politische im engeren Sinn hinausreichenden Folgen Ende der 70er Jahre endlich auch von der Sowjetführung erkannt wurde, zwang diese, nach einer Alternative zur bisherigen Generallinie Umschau zu halten.

Voraussehbar war das Minimalziel, das einer solchen Alternative gesetzt werden musste: der Abschluss eines Abrüstungsabkommens. Diese Notwendigkeit ergab sich, einerseits weil die Sowjetunion in einem Rüstungswetlauf auf einer noch höheren technologischen Ebene nicht mehr mithalten vermochte, andererseits weil eine Entlastung der Wirtschaft unumgänglich geworden war. Die Begrenzung der Rüstungsindustrie war die Bedingung für eine raschere Entwicklung der bisher systematisch vernachlässigten Konsumgüterindustrie. In diesem Sinne stand (und steht) die Sowjetführung seit Ende der 70er Jahre unter einem Konzessionsdruck, der sich proportional zur Standhaftigkeit des Westens verhält. Für ein Abrüstungsabkommen musste jedenfalls ein Preis bezahlt werden.

Die Suche nach einer Alternative zur bisherigen Generallinie wurde in den Spätjahren Breschnews, da dieser kaum mehr im Vollbesitz seiner einstigen physischen und psychischen Kräfte stand, erschwert. Sie wurde in den folgenden Jahren durch den unerwartet raschen Wechsel auf dem wichtigsten Posten der Sowjetunion nicht erleichtert: Die vier Jahre, von Anfang 1982 bis Ende 1985, hatten vier Generalsekretäre im Amt gesehen.

Juri Andropow, als Chef des KGB zweifellos besser als sein Vorgänger Breschnew informiert über die zunehmend lähmende Wirtschaftsstagnation in der Sowjetunion bei gleichzeitig ungebrochener Entwicklung in den demokratischen Industrieländern, suchte seit seiner Wahl im Herbst 1982 den Ausweg im Pokerspiel mit der Vortäuschung einer Machtposition, welche die UdSSR schon nicht mehr besass, um so den Konzessionsdruck zu lindern: Er zog beispielsweise die sowjetischen Delegationen aus allen Abrüstungs-Gesprächen zurück, und in seine Amtszeit fiel der ungeahndete und entschädigungslos geliebene Abschuss eines

koreanischen Zivilflugzeuges am 1. September 1983.

Nach Andropows Tod wurde mit Konstantin Tschernenko im Februar 1984 als Übergangslösung ein älterer Apparatschik eingesetzt. Aber dieser fand zu einem «ehrlichen» Spiel, indem er beispielsweise Marschall Ogarkow (der die militärische Verantwortung für den Abschuss des Zivilflugzeuges zu tragen hatte) absetzte, die leeren Stühle der Sowjetdelegationen an den Abrüstungsverhandlungen wieder besetzen liess, überdies die Hilfe an Kuba und Vietnam kürzte. Im März 1985 starb auch Tschernenko. Seinem Begräbnis blieb Fidel Castro demonstrativ fern.

Nun erst konnte sich das Politbüro auf einen Generationenwechsel einigen, indem es den 54jährigen Michail Gorbatschow ins wichtigste Amt berief. Und er konnte, was keinem Vorgänger seit Lenins Tod gelungen ist, über Nacht die alleinige Macht übernehmen, ohne sie, wenigstens vorübergehend, mit Konkurrenten in einer «kollektiven Führung» teilen zu müssen.

Gorbatschow, der dem Kreis der Technokraten Andropows angehört hatte, setzte zunächst dessen Pokerspiel fort: Kuba und Vietnam erhielten wiederum ungekürzte Unterstützung, und einem hartnäckigen Gerücht zufolge sollte Marschall Ogarkow ein neues und wichtiges Amt erhalten. Wie Andropow hatte freilich auch Gorbatschow seit seiner Wahl zum Generalsekretär die Notwendigkeit von Reformen betont, doch seine Aufrufe und Hinweise deuteten anfänglich eher auf kosmetische Renovationen. Mit dem Kampf gegen Alkoholismus und Korruption hatte sich fast jeder neue Generalsekretär versucht. Die Hartnäckigkeit, mit der Gorbatschow diese Kampagnen führte, konnte auch als Versuch verstanden werden, die Arbeitsproduktivität unter Vermeidung von Systemveränderungen anzuhoben.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl vom 26. auf den 27. April 1986 nahm Gorbatschow die Karten aus der Hand; fortan musste er auf das Pokern verzichten.

Der Rückschlag war enorm und traf die krisengeplagte Planwirtschaft im Mark: Die Endkosten für Versicherungszahlungen,

Aufräumarbeiten, Umsiedlung von 100 000 Menschen, Umrüstung der bestehenden und Planänderungen bei den neuen Kernkraftwerken sowie für die Agrarausfälle dürften mit 50 Milliarden Dollar nicht zu hoch veranschlagt sein. Vor allem wurde die osteuropäische Missachtung des Umweltschutzes ganz allgemein sichtbar; das Vertrauen in die sowjetische Technologie erlitt empfindliche Einbussen. Ins Gewicht fielen ohnehin schon die hohen oder gar steigenden Ausgaben für das von Breschnew vollzogene weltweite Engagement und für die Nahrungsmittelimporte sowie die gefallenen Weltmarktpreise für Erdöl, Erdgas, Gold und Diamanten.

Gorbatschow musste - und konnte nun - die Reformbewegung auf breitester Front einleiten und tat es mit Glasnost, Perestrojka und Demokratisazija.

Im Herbst 1986 meldete sich einer der höchsten Juristen der Sowjetunion zu Wort und kündigte ein neues Strafrecht an, das bewährten rechtsstaatlichen Grundsätzen nach westlichem Vorbild folgen sollte. Im Verein mit weiteren wichtigen gesetzgeberischen Initiativen war damit ein bedeutsamer Damm gebrochen und zugleich eine längerfristige Planung im Dienste weitgreifender Reformen nachgewiesen.

Der Klimawechsel war rasch und frappant: Hatten bis anhin die Regimeträger in den mitteleuropäischen Staaten ihre Fahnen nach dem Moskauer Wind flattern lassen, während die Bevölkerung antisowjetisch eingestellt war, hat sich das geändert. In Rumänien, in der DDR und besonders in der Tschechoslowakei beginnt die Bevölkerung ihre Hoffnungen auf Gorbatschow zu richten.

Das ist ein Symptom und nicht das einzige: Regionalkonflikte werden langsam entschärft. Vietnam bequeme sich im Herbst 1987 erstmals zu Gesprächen über Kambodscha, Nicaragua zu Gesprächen mit der Opposition; der Golfkrieg mündete in einen Waffenstillstand, und der Bürgerkrieg in Angola scheint sich einer Lösung zu nähern. Die sowjetische Reformbewegung wirkt zweifellos bahrend; vielleicht darf der demokratische Aufstand in Burma gegen einen totalitären Sozialismus ebenfalls als Indiz dafür verstanden werden.

2. Das wirtschaftliche Problem

Das Versagen der Planwirtschaft ist offen- und aktenkundig. Botho Kirsch (Die Gorbatschow-Masche, S. 9) schreibt es den ewiggestrigen Linksintellektuellen und etlichen Entwicklungshelfern mit folgenden Illustrationen treffend ins Stammbuch: «Südkoreas Wachstumsrate ist vierzehnmal so hoch wie die Nordkoreas. Taiwan erzielt ein Brutto-sozialprodukt je Einwohner, das neunmal grösser ist als das der Volksrepublik China. In Kenia gibt es viermal mehr Autos auf tausend Einwohner als im benachbarten Tansania. In der Bundesrepublik Deutschland verfügen neun von zehn Haushalten über ein Telefon, in der DDR nur einer auf acht. Im sozialistisch regierten Ghana stagniert das Pro-Kopf-Einkommen seit zwei Jahrzehnten die marktwirtschaftlich organisierte Elfenbeinküste hat es trotz eines rasanten Bevölkerungsanstiegs im gleichen Zeitraum verdoppelt und ist eines der wenigen afrikanischen Länder, die ihre Bevölkerung selbst ernähren können.»

Diese eindrücklichen materiellen Leistungen sind Voraussetzung und Wirkung zugleich einer besseren Lösung der sozialen Frage unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. Das Grundübel der Planwirtschaft ist zum einen die Konzentration von Verantwortung und Zuständigkeit nach oben und damit verbunden das Fehlen eines Erfolgsinteresses bis hinunter zum letzten Arbeiter. Zum andern kann als Massstab der Produktion nur die Quantität herangezogen werden, weil sie rasch und objektiv messbar ist. Die Qualität, d. h. die Eignung eines Produktes, ein bestimmtes Bedürfnis zu befriedigen, kann bekanntlich nur vom Endverbraucher beurteilt werden; die Qualität muss sich am Markt ausweisen.

Die ersten wirtschaftlichen Reformmassnahmen in der Sowjetunion unter Gorbatschow bestanden im Kampf gegen Alkoholismus und Korruption – nützlich vielleicht zur Förderung der Glaubwürdigkeit (Gorbatschow versagt sich Alkoholgenuss auch an offiziellen Anlässen), aber nachteilig für die Arbeiter, die für den «Trost im Elend», die Flasche Wodka, 15 statt vormem 3 Rubel bezahlen sollten (heute noch 5 Rubel) und die sich am «gesellschaftlichen Eigentum» zwecks Aufbesserung des kärglichen Gehaltes nicht mehr so leicht und leichtfertig vergreifen dürfen.



Gorbatschow, Reformier im Sinne der Umgestaltung.

Es folgte die Einführung der Qualitätskontrolle im Bestreben, den Sinn für eine bessere Arbeit zu schärfen. Das war abermals ein Nachteil vor allem für die Arbeiter: Wegen Produktion für den Ausschuss kamen Lohnkürzungen bis zu 20 % vor. Begreiflich, wenn man aus der «Iswestija» (26. 3. 1987) erfährt, dass in Betrieben von Usbekistan, Kirgisien und der Moldau um 70 % der Produktion Ausschussware gewesen sind. Mangels finanzieller Mittel können noch keine genügenden wirtschaftlichen Anreize für höhere Arbeitsproduktivität ausgesetzt werden. Daher musste Gorbatschow die Arbeiter das Fürchten lehren, die Angst nämlich, dass sie ihrer Stelle verlustig gehen für den Fall, dass sie keinen besseren Einsatz leisten: ein risikvoller Weg. Den Arbeitern bleiben die Versprechen der Reform vorläufig leere Worte; für das erste erleiden sie bloss Einbussen an Einkommen und Sicherheit. Immerhin ist der Bruch mit bisherigen Dogmen bemerkenswert, der in der neuerdings recht oft wiederholten, allerdings nicht allgemein akzeptierten These zum Ausdruck kommt: «Die Sowjetunion braucht Arbeitslosigkeit.» Damit ist neben der Arbeiterschaft auch die Bürokratie ins Visier genommen.

Und der Markt, was noch häufiger betont wird. Das aber setzt sinnvollere, an den Produktionskosten orientierte Preise voraus und mithin schmerzhaft Anpassungen als Folge des unumgänglichen Abbaus von Subventionen: Die Wohnungsmieten beispielsweise wurden 1928 festgesetzt und stehen längst in keiner Beziehung mehr zu den Baukosten. Und allein für die Verbilligung von Nahrungsmitteln wurden 1986 rund 110 Milliarden Rubel aufgewendet, was im Bevölkerungsverhältnis und zum offiziellen Kurs etwa den Subventionen an die schweizerische Landwirtschaft entspricht, im Kauf-

kraftvergleich aber mindestens dem Fünffachen gleichkommt.

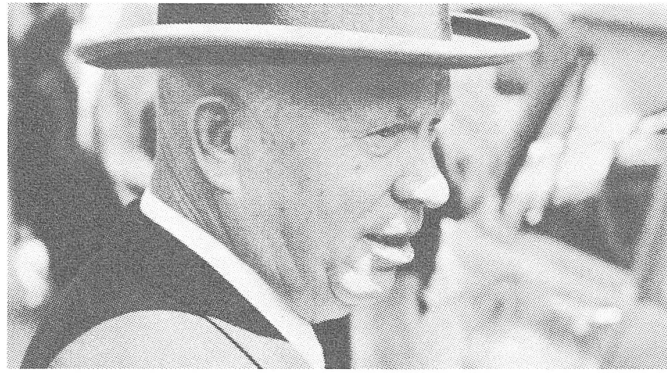
Namentlich fehlt in der Sowjetunion allenthalben die Erfahrung mit dem Markt, seiner Funktionsweise und der Flexibilität, die er verlangt. Es fehlt die pädagogische Wirkung der Konkurrenz, schliesslich und vor allem das marktwirtschaftliche Normverhalten einer Mehrheit von Produzenten und Konsumenten.

Legislatorisch wurde etliches vorgekehrt. So öffnete man eine Reihe von Berufen der privaten Ausübung, räumte den Arbeitern eine beschränkte Mitsprache ein und stellte Unternehmen auf finanzielle Eigenverantwortung um, richtete sie also auf Gewinn aus. Aber solche Massnahmen sind erst längerfristig wirksam.

Nach neuester sowjetischer Erkenntnis gedeiht die Innovationskraft und gelingt deren Umsetzung in konsumorientierte Produktion auf dem Humus des politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen (aber natürlich noch als «sozialistisch» bezeichneten) Pluralismus am besten. Unter anderem deshalb sind politische Reformen zur Voraussetzung einer wirtschaftlichen Besserung geworden.

3. Die flankierenden Massnahmen

Von den drei Partnern in der sowjetischen Machtkoalition – Partei, Armee und Geheimdienst (KGB) – hat Gorbatschow zunächst die Armee zurückgestuft. Das wurde erleichtert durch die von seinem Vorgänger erwirkte Absetzung von Generalstabschef Ogarkow, die unbehinderte Landung eines ausländischen Flugzeuges auf dem Roten Platz und insbesondere durch



*Chruschtschow,
Reformer im Sinne der
Modernisierung.*

den Vertrauensverlust, den die «Verteidigungskräfte» in Afghanistan erlitten. Gorbatschow hat mittlerweile wichtige Posten mit eigenen Leuten besetzt und lässt die Armee wieder prominenter werden: Generalstabschef Achromjew beispielsweise ist Abrüstungsspezialist und wohnt den Gipfeltreffen als Berater bei. Glasnost wird nun auch für die Armee gefordert. Der Rückzug aus Afghanistan wird ihr erlauben, eine im Sinne der Defensivstrategie hoffentlich nicht nur vorübergehend redimensionierte Aufgabe besser wahrzunehmen.

Die Partei wurde im Januarplenum 1987 hart kritisiert und mit Hilfe der Parteikonferenz Ende Juni 1988 und des ZK-Plenums einen Monat später so weit als jetzt schon möglich auf Vordermann gebracht. Problematisch in ihrer Haltung bleibt die Parteibürokratie, die mit der Forderung nach Wahl der Sekretäre unter mehreren Kandidaten und nach personeller Straffung des Apparates von unten her aufgerollt werden soll.



Lenin, zur NEP-Zeit später Reformer im Sinne der Taktik.

Dass der Reformer Gorbatschow als Hausmacht offensichtlich das KGB wählte, das berüchtigtste Instrument totalitärer Herrschaft, findet seine Erklärung in folgendem Umstand: Dieser Institution gehört unter den drei Partnern der Machtkoalition die im Durchschnitt bestausgebildete Elite an, die zudem über die grösste Ausländerfahrung verfügt und gewissen Reformen positiv gegenüberstehen muss. Der Parasit darf seinen Wirt nicht dauernd vernachlässigen. Sobald Gorbatschow nach der Armee auch die Partei reorganisiert haben wird, dürfte (und müsste) er später auch das KGB auf ein rechtsstaatlich vertretbares Instrument trimmen. Inzwischen aber ist er als Reformer just auf eine derartige Institution angewiesen, wie noch zu zeigen sein wird.

Die tiefgreifenden Reformansätze auf legislatorischer Ebene sind bereits erwähnt worden. Die Durchsetzung der neuen und neuartigen Gesetzgebung bis auf die unterste Instanz und bis in die äusserste Provinz des grössten Landes der Welt wird verständlicherweise Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, benötigen.

Sichtlich mehr Toleranz und Verständnis wird gegenüber Kirche und Religion bekundet, vorab gegenüber der russisch-orthodoxen Kirche, die 1988 das Millenium der Christianisierung der Kiewer Rus, dem Kern des späteren Kaiserreichs, begehen konnte, eben weil sie russisch ist und eine Klammer des Zusammenhaltes wenigstens für slawische Nationalitäten abzugeben vermag.

Unübersehbar sind die dank dieser Bewegung erzielten Fortschritte auf kulturellem Gebiet. Maler, die sich ausserhalb des «sozialistischen Realismus» bewegen, können freier arbeiten, im In- und Ausland ausstellen und ihre Werke dort und hier verkaufen. Schriftsteller kommen zum Zuge, die bisher für Samisdat oder Tamisdat (Selbstverlag oder Verlag im Westen) gearbeitet haben. Dass Pasternaks «Doktor Schiwago», George Orwells «1984» und sogar Arthur Koestlers «Sonnenfinsternis» in der UdSSR offiziell verlegt werden, ist vollends unerwartet. Ähnliches gilt für den Film: Streifen, vor ein, zwei Jahrzehnten gedreht, dürfen heute gezeigt werden, und heute entstehen Filme von atemraubender Offenheit über den realen Sozialismus und werden sofort vorgeführt.

Die Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte, eine der dornenvollsten Aufgaben bei der Bewältigung der totalitären Vergangenheit, ist in Angriff genommen worden. Die Sistierung der Geschichtsprüfungen, bis wahrheitsgetreuere Lehrbücher vorliegen, ist zureichender Beweis für die ernsthafte Absicht, das historische Bild von ideologischen Überwucherungen zu befreien. Nicht nur die berühmtesten Revolutionsführer und Parteigenossen, von Stalin geächtet, verfolgt und liquidiert, werden rehabilitiert, sondern zu Hunderttausenden auch weniger bekannte Opfer der grossen «Säuberungen», die eines der schmutzigsten Kapitel der Sowjetgeschichte darstellen. Die berüchtigten «weissen Flecken» der Geschichte verschwinden langsam. Die Zeit des «Klassenkampfes auf dem Land», der Kollektivierung anfangs der 30er Jahre, wird ebenfalls weitere Erhellungen erfahren. Zwar schenkt die gerichtliche Rehabilitation keinem einzigen Ermordeten das Leben; sie wird aber mithelfen, Wiederholungen zu verhindern.

Die sowjetische Aussenpolitik wird von dieser Aufarbeitung nicht verschont. In der «Literaturnaja Gaseta» kritisierte der Historiker Wjatscheslaw Daschtschew im Mai 1988 das sowjetische Hegemonial- und Grossmachtstreben, das jahrzehntelang den Frieden in der Welt gefährdete; der Westen habe bis Ende der Ära Breschnew allen Grund gehabt, den sowjetischen Entspannungsbeteuerungen zu misstrauen. Mitte Juni bezeichnete der bekannte Kommentator Alexander Bowin in der «Iswestija» den Einmarsch in Afghanistan und die Stationierung der SS 20 als schwere Fehler, Folge von «Dogmatismus und subjektivistischer Einstellung». Ende Juli haben dann mehrere Arbeitsgruppen im sowjetischen Aussenministerium diese kritische Aufarbeitung offiziell an die Hand genommen und in ihren Schlussfolgerungen für grössere Offenheit – ebenfalls im Sinn von Ehrlichkeit – plädiert. Im August wurde die Veröffentlichung des geheimen Zusatzprotokolls zum Stalin-Hitler-Pakt von 1939 über die Aufteilung der Einflussphären in Mitteleuropa in einer estnischen Zeitschrift zugelassen und diesbezügliche Demonstrationen im Baltikum erlaubt.

Von besonderer Bedeutung ist zweifellos die Öffnung der Presse, die ihre zensurgelenkte Monotonie aufgegeben hat.

Vorläufig sind nur wenige Zeitungen und Zeitschriften eigentliche Bannerträger der Reformbewegung, so die Wochenzeitungen «Moskowskije Nowosti» und «Ogonjok», dann die Tageszeitungen «Moskowski Komsomolez», «Moskowskaja Prawda», «Sozialistitscheskaja Industrija» und die Monatszeitschrift «Nowi Mir». Jedoch sind auch die grössten zentralen Zeitungen wie «Iswestija», «Prawda» und «Sowjetskaja Rossija» zu Tribünen geworden, auf denen gegensätzliche Meinungen geäussert werden dürfen. Besonders für Leserbriefe fallen Tabus in beachtlicher Geschwindigkeit.

Das Ergebnis ist eine in der Presse wiedergegebene Meinungsvielfalt, wie sie seit Anfang der 20er Jahre nicht mehr geäussert werden konnte, genauer seit dem 10. Parteikongress vom März 1921, als zwar Lenins «Neue Ökonomische Politik» (NEP) proklamiert wurde, an die Gorbatschows «Neue Ökonomische Massnahmen» (NEM) bewusst anklängen, als aber auch nach der Niederschlagung des Aufstandes gegen den Bolschewismus jener Kronstadter Matrosen, die ihm zur Macht verholfen hatten, die Fraktionsbildung in der Partei untersagt und der Meinungspluralismus aus Presse und öffentlicher Diskussion verbannt wurde.

Als ausserordentliche Leistung Gorbatschows ist wohl der Umstand zu würdigen, dass er Andrej Sacharow, dem mutigen und beispielhaften Dissidenten, eine Art Status als «Oppositionsführer» zumisst, der seit 1987 nicht nur gelegentlich Gespräche mit dem Generalsekretär führen und Artikel veröffentlichen kann, sondern am 3. Juni 1988 gar im Aussenministerium eine Pressekonferenz geben durfte.

Erstmals seit Jahrzehnten werden nun die Sowjetbürger mit multiformen Auffassungen und Beurteilungen konfrontiert und so auf den schwierigen Weg der eigenen Meinungsbildung verwiesen. Das ist von besonderer Bedeutung, weil diesbezügliche Traditionen selbst in Russland eher schwach und Anknüpfungen daran recht schwer sind. Doch nur auf diese Weise entsteht langsam jenes Ambiente, das einer gesellschaftlichen Entwicklung förderlich ist.

4. Befürworter und Gegner der Reformbewegung

Die Beurteilung der Erfolgsaussichten der von Michail Gorbatschow eingeleiteten und angeführten Reformbewegung würde sehr erleichtert, wenn das Ziel zweifelsfrei bekannt wäre: Geht es um Rationalisierung oder um Liberalisierung?

Wird – im ersten Fall – eine Effizienzsteigerung der Planwirtschaft angestrebt zwecks Wiederaufbaus der Macht, um erneut eine hegemoniale Politik zu betreiben? Oder wird – im zweiten Fall – die Überwindung der Planwirtschaft in Kauf genommen, weil deren Unzulänglichkeiten urbi et orbi offensichtlich geworden sind? Rationalisierung

oder Liberalisierung, hier als mögliche Zielsetzung bezeichnet, mögen auch bloss das Ergebnis einer Entwicklung sein, die aus verschiedenen Motiven um des Mythos «Russland» willen – den einen die slawische Mutter, den andern die marxistisch-leninistische Heimat aller Proletarier, oder die Breschnewsche Supermacht, ein neozaristisches Imperium oder schlicht ein moderner Industriestaat – angestrebt wird. Doch hat die Unterscheidung auch dann ihre Bedeutung.

Die Frage ist noch nicht zu beantworten. Denn die Reformen im Dienste der Rationalisierung sind im heutigen Stadium in etwa von gleicher Art wie jene, die im Dienste der Liberalisierung getroffen werden müssen. Und vermutlich soll die Frage noch nicht klar beantwortet werden können, um den Reformgegnern nicht Allianzen zu erleichtern, welche den Kurs gefährden könnten. Derweil im Westen befürchtet wird, Gorbatschow ziele auf eine Effizienzsteigerung ab, um der Sowjetunion die Hegemonie zu sichern, haben gewisse Kreise in der Sowjetunion Angst, dass er die Überwindung des Marxismus-Leninismus einleite.

Gerade in diesem Zusammenhang zeigt sich die Vielschichtigkeit der Einstellung zu den Reformen in der Sowjetunion.

Es ist anzunehmen, dass sich die Reformanhänger aus zwei Hauptgruppen mit unterschiedlichen Motiven zusammensetzen, abgesehen davon, dass erhebliche Differenzen bezüglich der Methodenwahl bestehen. Die grössere Gruppe wird von Gorbatschow angeführt und hat aller Wahrscheinlichkeit

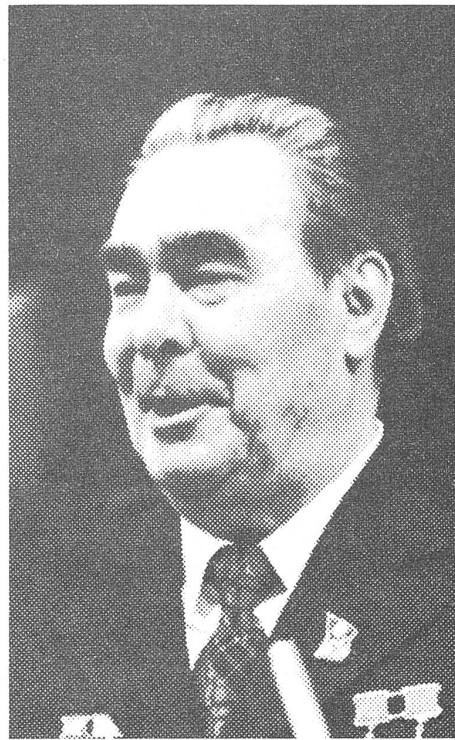
nach eher den Aufbau eines modernen, marktwirtschaftlichen Industriestaates im Auge. Eine soziale Marktwirtschaft, wo der letzte Konsument souverän ist, verweigert dem Staat die Mittel für eine aggressive Aussenpolitik. Die kleinere Gruppe wird von Jegor Ligatschow geleitet und strebt anscheinend den Wiederaufbau der staatlichen Macht im Dienste bisheriger aussenpolitischer Zielsetzungen an.

Wir vermögen kaum mehr als Überlegungen über die sowjetischen Befürworter und Gegner des Reformkurses anzustellen, über deren Haltung und Bedeutung, um etwas sichereren Grund für die Einschätzung der Erfolgchancen zu gewinnen.

Zu den Befürwortern ist aus naheliegenden Gründen vorab die Mehrheit der Intellektuellen – Wissenschaftler, Publizisten und Künstler – zu zählen. «Intelligenzija» ist ein russischer Begriff, geprägt im 19. Jahrhundert; er deutet an, dass die Intellektuellen eine eigene und prominente Rolle spielten, seit die Dekabristen nach dem Tod Alexanders I. eine politisch-soziale Bewegung einleiteten. Bis 1905, als im Gefolge der ersten Revolution die Duma wenigstens als konsultatives Parlament zugestanden wurde, gab es keine politischen Parteien im westlichen Sinne, wohl aber politische Zirkel, angeführt von Intellektuellen. Diese mussten in der Unverbindlichkeit bloss theoretischer Erörterungen verbleiben und sahen ihr Prestige nicht durch parteipolitische Querelen gemindert; sie standen in hohem Ansehen und übten beachtlichen Einfluss aus, auch wenn sie wenig Wirkung erzielten. Das ist heute deshalb ähnlich, weil es seit Anfang der



Stalin, Reformgegner im Sinne der absoluten Diktatur.



Breschnew, Reformgegner im Sinne der Veränderungsangst.

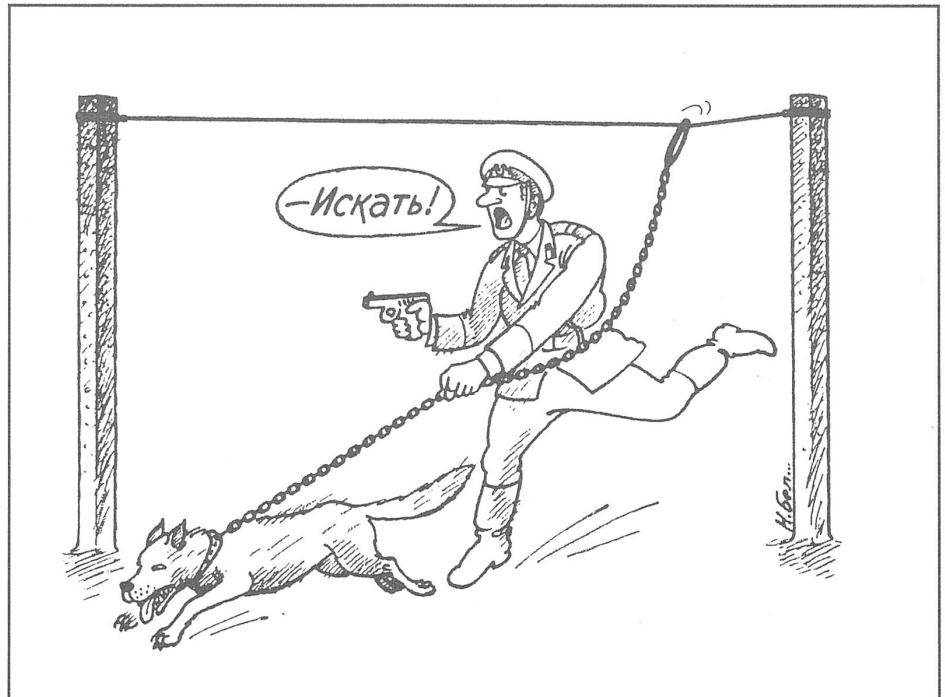
20er Jahre nur noch eine und darum im Grunde keine politische Partei mehr gibt, und weil die Intellektuellen sich heute wieder freier äussern können. Darauf sind Wissenschaftler, Publizisten und Künstler in besonderem Masse angewiesen.

Ebenfalls den Befürwortern kann die Mehrheit der obersten Nomenklatura-Schicht zugerechnet werden, vor allem die Minister und leitenden Beamten auf Allunions- und Republikebene, die Mitglieder des Zentralkomitees und des Obersten Sowjets: führende Persönlichkeiten also, die besser informiert sind über die wirtschaftlich-politische Stagnation als das Volk und die im Gespräch recht rasch bekennen, dass es zu Reformen eigentlich keine Alternative gebe. Diese Gruppe mag quantitativ ebenfalls klein sein, doch darf sie qualitativ, d. h. bezüglich ihrer Wirkungsmöglichkeiten, nicht unterschätzt werden. Reformen sind in Russland immer von oben diktiert, nie von unten erkämpft worden, und das Volk hat sich angewöhnt, der Autorität – wenn hin und wieder auch murrend – zu folgen.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit verhält sich die Bauernschaft positiv zu den Reformen, weil sie als erste davon Vorteile erwarten kann.

Das sowjetische Agrarprodukt ist ungenügend und zwingt zu Importen gegen harte Devisen. Die Vergrösserung privat bebauter Hofstellen mit entsprechend erhöhten Verdienstmöglichkeiten für die Bauern und der langsame Übergang von Boden und Produktionsmitteln in privates Eigentum – eingeleitet durch die Bereitschaft, den Bauern Land auf 50 Jahre fest zu verpachten – werden den Staat rasch unabhängig von Nahrungsmittelimporten machen und Devisen für dringendere Projekte freisetzen. Doch ist der Bauernstand länger schon und anders als in China zu einer Minderheit geschrumpft. Ausserhalb der Klassen – deren Existenz zwar bestritten wird, die aber den Marxismus-Leninismus doch überdauerten – gibt es Gruppen von Reformanhängern quer durch alle Bevölkerungsschichten.

In erster Linie sind die Frauen zu nennen, die gleich den Arbeitern die eigentlich Benachteiligten und Ausgebeuteten des Systems sind. Sie werden berufsmässig zu Schwerarbeit eingesetzt und müssen unter den besonders harten Bedingungen einer



«Such!» («Ogonjok», Moskau, Nr. 27/1988).

Mangelwirtschaft die Familie versorgen (nach sowjetischen Angaben gehen mit Schlangestehen jährlich 25 Milliarden Arbeitsstunden verloren, das sind rund 12 Millionen Mannjahre); schliesslich führen sie den Haushalt. Das beklagen zunehmend Stimmen von Frauen, die sich von existenziellen und kaum schon emanzipatorischen Motiven leiten lassen. Das gegenseitige Interesse von Reformern und Frauen liegt auf der Hand: Deren berufliche Entlastung wird drohende Arbeitslosigkeit auffangen helfen. Zudem könnte so am besten die Kinderzahl im russischen Teil der UdSSR gesteigert werden, um dem demographischen Druck aus Zentralasien besser zu begegnen.

Auch die Jugend, die unter der Diktatur ihre Illusionen verloren hat, ist grossmehrheitlich für den Reformkurs, der ihr zu Hoffnungen Anlass gibt. Dank grenzüberschreitender Kommunikation ist sie sich wie nie zuvor bewusst, was ihr in der geschlossenen Gesellschaft entgeht und was ihr daher besonders attraktiv erscheint: Reisen, Kontakte, Berufsausübung und Freizeitbeschäftigung eigener Wahl, all dies Elemente der Selbstentfaltung für eine Generation, die das Leben vor sich sieht und bereit ist, Risiken einzugehen. Das politische Gewicht der «Jugend» ist im sowjetischen System zwar belanglos, gewinnt auch nur langsam an Bedeutung, hat aber immerhin eine symbolische Potenz: Wie die Jugend denkt, wird das Land dereinst gelenkt.

Die Gläubigen, namentlich die russisch-orthodoxen, sind natürlich an einer Reformbewegung interessiert, die ihnen ein Bekenntnis ohne Benachteiligung und einen erweiterten Freiraum für Kulthandlungen

zugesteht. Sie sind zur Unterstützung der Neuerungen verhältnismässig leicht zu gewinnen.

Schliesslich ist eine weitere Gruppe von Reformanhängern zu erwähnen. Es sind dies die aufgrund ihrer Charakteranlagen geistig beweglichen Menschen, auch unter den Arbeitern, die dynamisch sind, risikofreudig und innovationsfähig. Ihr politisches Gewicht lässt sich kaum berechnen; es gibt auch keine Organisation, die sie erfassen würde und vertreten könnte. Dennoch handelt es sich um eine für den Reformkurs wichtige Trägerschaft.

Auf der andern Seite stehen als Reformgegner zunächst die Dogmatiker fest, meist ältere Menschen, Objekt jahrzehntelanger ideologischer Indoktrination, unfähig, Einsicht und Flexibilität zu bekunden, um sich einseitiger geistiger Prägungen zu entledigen. Man findet Dogmatiker als Minderheit in Regierung und Parteiführung, unter gehätschelten Intellektuellen, nicht zuletzt auch unter russischen Nationalisten, welche auf einen slawophilen Kurs einschwenken könnten.

Von grösserem Belang sind die Reformgegner aus Opportunismus, die Apparatschiki und Bürokraten, die um den Verlust ihrer Privilegien und Prärogativen bangen, womit sie als verlässliche Anhänger und Verfechter des bisherigen Systems gekauft worden sind. Von ihrer Zahl – es dürfte sich, einschliesslich Angehöriger, um etwa 30 Millionen handeln – sowie von ihren organisatorischen Möglichkeiten her ist das die gefährlichste, der Reformbewegung erwachsende Opposition. Deren Virulenz könnte allenfalls durch die Erkenntnis etwas gebrochen werden,



Arbeit am Denkmal. Karikatur ohne Worte aus «Krokodil», Moskau, Nr. 21/1988.

dass die ihr eingeräumten wirtschaftlichen Vorteile auch ohne Reformen gefährdet sind, weil die Planwirtschaft diese Leistungen schlechterdings nicht mehr zu erbringen vermag. Auf dem Reformweg ist eine wirtschaftliche Gesundung eher zu erhoffen und mithin ein Ersatz für gestrichene Privilegien.

Problematisch ist die Haltung der Arbeiter, einer paradoxerweise sehr stark durch die Diktatur des Proletariates ausgebeuteten Klasse.

Die finanziellen Reserven, über die noch Chruschtschow Ende der 50er Jahre und nach ihm Kossygin 1965 verfügt hatten, um mit wirtschaftlichen Anreizen die Arbeitsproduktivität rasch anzuhäufen (Chruschtschow ist es immerhin ansatzweise gelungen), haben sich verflüchtigt. Namhafte Goldverkäufe, um ausserplanmässig Konsumgüter zu importieren und auf den sowjetischen Markt zu werfen, sind angesichts tiefer und labiler Weltmarktpreise gegenwärtig nicht im notwendigen Umfang möglich. Mit solchem Vorgehen sind nach Stalins Tod verschiedentlich akute Spannungen im Volk abgebaut worden. Seit Jahren ist es auch unbehelflich, bessere Arbeitsdisziplin zu diktieren. Daher muss Gorbatschow die Arbeiter mit Verunsicherung zu höheren Leistungen zwingen. Noch zwei oder drei Jahre mag das hingehen. Wenn dann aber der Wohlstand des Volkes nicht spürbar steigt, könnte sich die Arbeiterschaft gegen den Reformkurs stellen.

Für diese Zeitspanne wird sich das «Volk» neutral verhalten; nicht aus Erkenntnis des wohlverstandenen Interesses, sondern aus jahrhundertlang aufoktrozierter Passivität heraus, die sich zu lethargischer Distanz

gegenüber der staatlichen Autorität verfestigt hat, aus Misstrauen auch gegenüber Versprechungen, die nie eingehalten wurden, schliesslich aus Schlaueit, weil besser fährt, wer abwartet, solange noch keine Entscheidung gefallen ist. Wohl für längere Zeit noch fehlt jene staatsbürgerliche Haltung einer Volksmehrheit, auf die eine offene Gesellschaft bauen können muss.

Neben den Befürwortern und den Gegnern sind auch die grössten Hindernisse aufzuführen, die sich den Reformen in den Weg stellen, vorab das Nationalitätenproblem. Wenn eine geschlossene Gesellschaft sich zu öffnen beginnt, so wird ein vielschichtiger, auch das Minderheitenproblem einschliessender Regionalismus aufkommen und den Zentralismus einzuschränken suchen. Gegen derartige emotionale Wellen vermögen rationale Argumente erfahrungsgemäss wenig auszurichten.

Sollte die Reformbewegung Fortschritte zeitigen, die sich in steigendem, aber differenzierendem Wohlstand äussern, wird sodann der soziale Kitt der «Solidarität im Elend» brüchig.

Bis anhin hatten die Arbeiter weder Angst vor Entlassung noch Hoffnung auf Aufstieg. Auf dem Weg der Reformen wird der eine Arbeiter möglicherweise arbeitslos, der andere aber beruflich weiterkommen.

Scharfe Neidreaktionen, die in der nivellierenden Not weitgehend unbekannt blieben, werden eine Periode der Emanzipation ankünden, auf die die Völker der Sowjetunion wahrscheinlich schlecht vorbereitet sind. Ansätze dazu sind latent. Nikolaj Schmeljow beklagte in «Nowi Mir», die wirtschaftliche Initiative werde von Tausen-

den abgewürgt. Es existiere «ein aggressiver Hass auf jene, die viel verdienen, selbst wenn sie das ehrlich tun» (Schmidt/Huber, Russlands zweite Revolution, S. 158). Zudem wird steigender Wohlstand Auswüchse erzeugen, wie sie sich im Westen seit Mitte der 60er Jahre bemerkbar gemacht haben.

Umgekehrt könnte ein steigender Wohlstand des Volkes die Rückkehr zu einer Aussenpolitik mit hegemonialen Zielsetzungen erschweren, weil nach allen Erfahrungen die ideologische Mobilisierbarkeit von Menschen in der Masse abnimmt, als sie mehr und mehr zu verlieren haben. Deshalb wird die Reformbewegung auch dann eher zu einer Liberalisierung führen, wenn mit ihr das Ziel der Rationalisierung angepeilt würde.

5. Über die Mechanik einer Reformbewegung

Reformen gehören zur offenen Gesellschaft wie die Luft zum Atmen. Anders verhält es sich in der geschlossenen (oder halboffenen) Gesellschaft. Ihr liegt ein ideologischer Raster zugrunde, der streng einzuhalten ist. Dieser Raster lässt in der Regel bloss kosmetische Wandlungen zu und kann deshalb Anpassungen an sich verändernde Bedingungen verhindern. Das Ergebnis ist hernach Stagnation als Vorbote des Niederganges.

In der Vergangenheit erfolgten Ablösungen geschlossener Gesellschaften meist gewaltsam. Die französische Revolution mit ihren auf Europa und Nordamerika übergreifenden Folgen, die bolschewistische Revolution mit ihren Auswirkungen namentlich auf Europa und Asien, schliesslich der Zweite Weltkrieg als Sieg über den Nationalsozialismus sind bedeutsame Illustrationen. Erst wenn die einer geschlossenen Gesellschaft zugrunde liegende Herrschaftsdoktrin oder Ideologie ihre geschichtliche Funktion überdauert, kann jener Motivschwund eintreten, der eine Reformbewegung bewirkt.

Das ist eine neue Erscheinung, und dafür fehlen breite historische Erfahrungen. Deshalb wird solchen Reformbewegungen von den offenen Gesellschaften aus mit sehr viel Misstrauen begegnet.

Tiefgreifende Reformen in einer geschlossenen Gesellschaft wirken sich notgedrungen systemverändernd aus; sie bedeuten eine Abkehr vom Gestern, mithin eine Öffnung der Gesellschaft in politischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht: Dämme brechen ein, die kanalisiert, Schleusen öffnen sich, die Überschwemmungen verhinderten. Das ist normal und durchaus verständlich: Wenn eine Gesellschaft sich erschliesst, verlangen viele den sicheren Beweis dafür durch weitere Öffnung. Da gleichzeitig die hierarchischen Strukturen der geschlossenen Gesellschaft an Sinn und Bedeutung verlieren, beschleunigt sich der

Reformprozess und läuft Gefahr, in ein Chaos zu münden, ein Chaos, das mit grosser Wahrscheinlichkeit einer Restauration ruft, welche die Reformen wiederum rückgängig macht.

Diese Gefahr kann nicht dadurch abgewendet werden, dass der Prozess etwas gebremst wird. Sonst wird die Reformbewegung unglaublich und ebnet der Reaktion den Weg zurück zur Macht.

Daraus erhellt, dass eine Reformbewegung eine lange, langsame und sehr heikle Gratwanderung darstellt, während der zahlreiche, auch neue und sich verändernde Gegebenheiten in wechselnden Kompromissen eine momentane Neutralisierung erfahren müssen. Somit ist eine Reformbewegung nicht als lineare Entwicklung denkbar, sondern nur in Fortschritten, unterbrochen von Rückschritten, praktikierbar.

Dem ist unausweichlich so, wie die Erfahrung lehrt. Im Rahmen einer tiefgreifenden Reformbewegung in einer geschlossenen (oder tiefgreifender Veränderungen in der offenen) Gesellschaft geht eine bisherige Konstante verloren; diese zerfällt als Resultante im Parallelogramm der Kräfte in ihre Bestandteile: Die einen haben progressiveren, die andern regressiveren Charakter. Eben hier ist der dauernd neue und immer wechselnde Ausgleich zu suchen. Er bedeutet einmal ein Auf, ein andermal ein Ab. Entscheidend ist die von «saisonalen» Schwankungen befreite allgemeine Tendenz. Zur Erzwingung solchen Ausgleichs müssen notfalls Instrumente eingesetzt werden, die der geschlossenen Gesellschaft eigen sind und durch die Reformbewegung überwunden werden sollen.

Das kann auf einer für die Sowjetunion besonders heikeln Ebene, jener der nationalen Minderheiten, demonstriert werden. Desintegrierende Tendenzen, denen bis anhin im Kampf gegen den zentralistischen Totalitarismus politische Sympathie und sogar materielle Unterstützung zukamen, entstehen jetzt aus andern Motiven, jedenfalls mit andern Folgen als zuvor.

In Kasachstan (1986) und Armenien (1988) beispielsweise wurde der antirussische Reflex – Folge von Russifizierungsängsten – dem Bestreben bestechlicher lokaler Partei-



Aus «Glasnost» (Offenheit, Öffentlichkeit) macht der Bürokrat das Warnsignal «Opasnost» (Gefahr). («Ogonjok», Moskau, Nr. 27/1988)

führungen vorgespannt, sich dem Zugriff der Zentrale im Rahmen der Anti-Korruptionskampagne zu entziehen. Das könnte sich in Usbekistan wiederholen. Tatsächlich aber steht in Zentralasien religiöse Eigenständigkeit noch vor nationaler Unabhängigkeit. Im Baltikum hat die Russifizierung ebenfalls harte Reaktionen bewirkt; überdies lebt dort ein historisch gewachsener und ethnisch begreiflicher Nationalismus kleiner Sowjetrepubliken, die vor nicht langer Zeit souveräne Staaten waren. Auch in Georgien und der Ukraine könnten secessionistische Tendenzen relativ leicht aufleben.

Sollten sich derartige Regungen häufen, sollten also nationale Minderheiten zu viel in zu kurzer Zeit verlangen, so würden sie die Zentralgewalt und, weil diese jetzt auf Reformkurs eingeschwenkt ist, die Reformbewegung selbst gefährden. Eine staatsmännische Haltung seitens der geistigen Führer der Minderheiten wird dies zu vermeiden wissen, weil das Chaos, das so entstehen könnte, in all seinen Folgen den Anliegen der Minderheiten zuwiderlaufen müsste. Daher könnte es Fälle geben, wo beispielsweise gegen desintegrierende Tendenzen nationaler Minderheiten möglicherweise gar die Sicherheitskräfte punktuell eingesetzt werden müssen – letztlich im eigenen Interesse der Minderheiten. Auch unter diesem Blickwinkel wird man Verständnis dafür aufbringen, dass Gorbatschow als Hausmacht das KGB gewählt hat.

Probleme des Nationalismus, der Selbstbestimmung und der Minderheiten stellen sich auch im Bereich der mitteleuropäischen Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon).

Harte Forderungen seitens dieser Völker nach materieller Besserstellung (Polen) oder ganz allgemein nach grösserer politischer

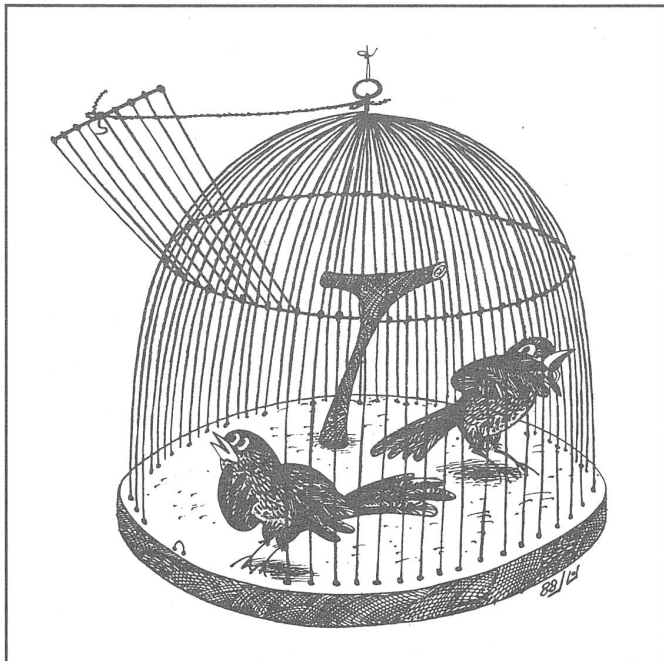
Unabhängigkeit etwa aus der Überlegung heraus, dass die UdSSR militärisch heute kaum interveniere, könnten zu dramatischen Entwicklungen führen, desgleichen die Behandlung der Minderheitenfrage durch Rumänien.

Es ist nicht auszuschliessen, dass solche Entwicklungen in einer heute wohl noch nicht bestimmbar Richtung die sowjetische Reformbewegung beeinflussen müssten, im einen Extremfall im Sinne einer trotz allem harten Reaktion zur Dämpfung der Forderungen, um ein Chaos zu vermeiden, im andern Extremfall im Sinne einer raschen Entlassung dieser Länder aus der unmittelbaren sowjetischen Zuständigkeit, damit die UdSSR keine Wirtschaftshilfe mehr leisten muss. So oder so wird den Regimeträgern und Oppositionellen in Mitteleuropa ein überdurchschnittliches Verantwortungsbewusstsein abverlangt, das in Polen durchaus sichtbar geworden ist.

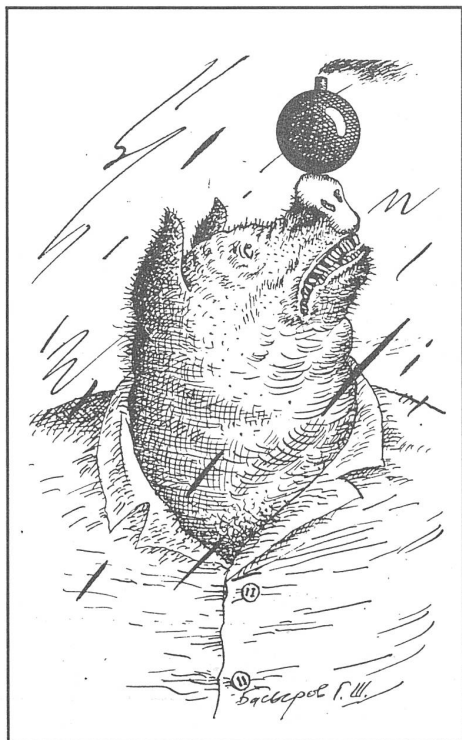
Der Vollständigkeit halber: Autonomie- oder Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer, sprachlicher oder religiöser Minderheiten in den offenen Gesellschaften Westeuropas sind bewusste Erklärungen und Rechtfertigungen eines unbewussten Regionalismus, der eine Kompensation zur Notwendigkeit von Zusammenschlüssen in grösseren Einheiten darstellt. Sie sind daher anders zu bewerten wie Secessionstendenzen in geschlossenen Gesellschaften.

Erfolgreiche Reformprozesse als von der Führung eingeleitete, gewaltlose Systemveränderungen in geschlossenen Gesellschaften (im Gegensatz zu revolutionären Bewegungen, welche von unten ausgehen und gegen eine reformunwillige Führung gewaltsam verlaufen) sind in der Geschichte eher selten.

China liefert ein solches Beispiel, und das ist deshalb lehrreich, weil dort die Entwicklung



Geöffneter Käfig und misstrauische Vögel: «Abwarten! Vielleicht ist das nur eine Täuschung.» («Krokodil», Moskau, Nr. 20/1988)



«Moscow News», Nr. 26/1988

trotz des Auf und Ab über zwei Jahrzehnte hinweg konsequent in einer systemverändernden Richtung verlaufen ist. Befürchtungen, dass die Eindämmung studentischer Revolten 1986 oder 1988 das Ende der Reformen einläuteten, haben sich als falsch erwiesen. Mehr noch: Die Bereitschaft, im Vorgehen gegen allzu ungeduldige Jugendliche ein Instrumentarium aus vorreformerscher Zeit zwecks Vermeidung chaotischer Strömungen einzusetzen, erhöht das Vertrauen in die Reformbewegung. Wäre nämlich deren Beendigung beabsichtigt gewesen,

so hätten Ausuferungen geduldet, sogar gefördert werden müssen, weil diese rascher von der Notwendigkeit einer Restauration überzeugen würden.

Dies illustriert den scheinbaren Widerspruch, dass in der Phase der Reformen zur Ablösung von der geschlossenen Gesellschaft gegebenenfalls Gewaltanwendung unumgänglich werden könnte. Der Widerspruch löst sich damit auf, dass diese Instrumente in der geschlossenen Gesellschaft zur Verhinderung gestalterischer Anliegen, in der Reformphase jedoch nur noch zur Eindämmung formeller Überschreitungen (und ohne Stellungnahme zu den inhaltlichen Forderungen) eingesetzt werden. Darin ist zugleich der Massstab zu sehen, mit dem solche Einsätze zu beurteilen sind, zumal die Versuchungen, totalitäre Instrumente zu missbrauchen, für Führungskräfte in Diktaturen mitunter fast unwiderstehlich scheinen müssen.

Das Dilemma ist nur im Kompromiss zu bewältigen. Einer der Wortführer der Pekinger Studentenrevolte vom Herbst 1986 hat die Problematik ins Visier genommen mit der Erklärung: «Demokratie, die von oben gewährt wird, ist im Grunde keine Demokratie, sondern bloss eine Rückbildung der Kontrolle.»

An dieser auf den ersten Blick zutreffenden Aussage sind zwei Elemente diskutabel. Zum einen gründet die Demokratie ebenfalls auf einem «von oben» gesetzten, bindenden Rahmen, auch wenn dieser kraft einer Kompetenzdelegation seitens des Volkes von der Regierung dekretiert wird. Ein solcher Rahmen kann, muss aber nicht, demjenigen sogar eng verwandt sein, den die reformwillige Führung einer Diktatur setzt. Zum andern kann eine (geschlossene) Gesellschaftsordnung nicht durch einen Erlass

oder den hehren Wunsch des Volkes über Nacht in eine andere (offene) verwandelt werden. Auch wenn die nötigen Institutionen allenfalls auf dem Verordnungswege rasch geschaffen werden könnten: Bei den meisten Menschen bilden sich doch Wissen und Gefühl für die Handhabung der Rechte und Pflichten im Interesse des einzelnen und der Allgemeinheit erst durch Erziehung und Übung aus. Die schlagartige Aufhebung aller Kontrolle würde daher nicht zu Demokratie führen, sondern eher ein Chaos bewirken. Nur in der Sage erhebt sich aus der Asche ein Phoenix; in der Realität ist es eher die Restauration. Es ist durchaus denkbar, dass die Demokratie mit der «Rückbildung der Kontrolle» beginnen muss und dass der «Beginn der Demokratie» mit dem Anfang der «Rückbildung der Kontrolle» zusammenfällt.

Erfolgreiche Reformprozesse sind häufiger und nicht minder instruktiv, wie eine Illustration aus der Zeit des Prager Frühlings zeigt. Mit der Wahl Alexander Dubceks zum Generalsekretär am 5. Januar 1968 und seinem gleichentags geäußerten Versprechen, sich für einen «Kommunismus mit menschlichem Antlitz» einzusetzen, wurde die Pressezensur faktisch aufgehoben. Diese Öffnung genügte dem Volk nicht, es wollte sie verbrieft wissen. Am 26. Juni 1968 wurde die Zensur rechtlich abgeschafft. Damit war aus der Sicht Moskaus zuviel in zu kurzer Zeit durchgesetzt und eine gefährliche Entwicklung eingeleitet worden. Von diesem Moment an kamen einige Kommentatoren zum Schluss, dass die Sowjetunion derartige «Provokationen» über kurz oder lang mit militärischen Mitteln beantworten werde. Mitte Januar 1988 führte Dubcek in einem bemerkenswerten Interview das Scheitern seiner Reformbewegung auf den Umstand zurück, dass er die Machtinstrumente nicht besessen habe, um eine allzu rasche Gangart zu vermeiden. Der Vergleich ist nur bedingt gültig, weil dem Reformkurs Dubceks von aussen her Einhalt geboten wurde, was die sowjetischen Reformen nicht zu befürchten haben. Wegen leichter Anknüpfung an demokratische Traditionen hätte der Prager Frühling sonst eine bessere Prognose gehabt.

Eben dieser Sachverhalt trägt zur Erklärung eines bemerkenswerten Unterschiedes in westlichen Reaktionen auf osteuropäische Reformbewegungen bei. Der tschechoslowakische Reformkurs 1968 wurde hier eher als oppositioneller, alternativer Aufstand gegen das «Establishment», gegen den Moskauer Goliath gewertet, ein Aufstand, der im Westen daher von exponierten Links- und Rechtskreisen und von der öffentlichen Meinung mit Sympathie verfolgt wurde. Anders im Falle des sowjetischen Reformkurses, der vom gewählten «Establishment» eingeschlagen wurde, dem keine dogmatische Supermacht Einhalt zu gebieten droht – höchstens eine schwer erfassbare Opposition im eigenen Land – und dem der Nimbus Davids, des «Unterhundes», des Alternativen, nicht zufällt. Derweil die öffentliche Meinung Begeisterung bekundet, tun westliche Kon-

servative sich aus Misstrauen schwer mit Gorbatschow, weil Reformen bislang nur erstreitbar schienen. Linkskreise tun sich ebenso schwer, weil deren Modellvorstellungen sich in der sowjetischen Überwindung liebgewordener Dogmen in wenig oder gar in nichts aufzulösen drohen.

Zur unterschiedlichen Reaktion mag der Umstand beitragen, dass der Erfolg des tschechoslowakischen Reformkurses 1968 (oder des ungarischen 1956, oder gar des mitteleuropäischen Versuches von 1953) im Verständnis westlicher öffentlicher Meinung unmittelbar zu einer Entspannung beitragen konnte, zu einem Abbau der Bedrohung, weil ein mitteleuropäisches Glacis West- von Osteuropa getrennt hätte. Anders vorläufig im sowjetischen Fall. Wenn hier die Meinung vertreten wird, die Sowjetführung zeige den Willen zu tiefgreifenden Reformen, als deren Ergebnis Osteuropa sich in einem langsamen Prozess zu offenen Gesellschaften wandeln werde, so ist damit keineswegs ausgesagt, dieser Prozess verlaufe konfliktfrei, im Gegenteil.

Angesichts des erwähnten Konzessionsdruckes, der auf der Sowjetführung lastet, muss ihr jede Druckminderung willkommen sein. Destabilisierungen, die etwa durch das KGB im Westen bewirkt werden, erzielen, gleich wie die fortgesetzten «aktiven Massnahmen» bisherigen Zuschnitts, aus taktischen Gründen echte Entlastungen für die Sowjetführung und dürften aus diesem Grunde vorläufig – und möglicherweise mit erhöhter Intensität – weiter praktiziert werden, obwohl der Reformprozess in eine Gesellschaftsform münden sollte, in der auch Methoden der politischen Kriegführung obsolet werden. Könnte der Westen, falls er grenzenloser Entspannungseuphorie verfällt, auf diese Weise unterlaufen werden, so würden davon in der Sowjetunion nicht die Reformer, sondern die Dogmatiker gestärkt werden.

Vordergründig gesehen, dementieren Konzessionen an die Dogmatiker (Ligatschow), zeitweise Zurückbindung allzu forscher Reformer (Jelzin), Einsätze repressiver Instrumente im Innern oder auch die Fortsetzung des politischen Krieges gegen den Westen die Ernsthaftigkeit des Reformkurses. Das ist freilich ein Urteil aus eindimensionalem Denken. Es handelt sich bei sol-

chen Erscheinungen voraussichtlich um die einzelnen «Rückschritte», die mehreren «Fortschritten» folgen, um das «Ab», welches das «Auf» der Bewegung begleitet, weil eine ungebrochene Entwicklung undenkbar ist. Vorübergehende Ebben im Reformprozess, wie sie im September 1987, im März 1988 (Leserbrief der Nina Andrejewa) und dann erneut im August 1988 mit der Erschwerung der Abonnierung reformfreundlicher Zeitschriften durch Sowjetbürger, jeweils während den Abwesenheiten Gorbatschows aus Moskau, sichtbar wurden, sind daher ein Beweis für die Schwierigkeiten auf dem Weg, nicht aber für dessen Ende.

6. Ausblick

Generalsekretär Gorbatschow hat auf breiter Front Reformen eingeleitet, die bereits einen Bruch mit der 70jährigen Geschichte der Sowjetunion darstellen. Indem die Uniformität eines ideologisch ausgerichteten Systems bunte Farbtupfer erhält, werden Barrieren geschleift und Grenzen aufgehoben. Daher darf erwartet werden, dass in einem keineswegs reibungslosen, vielmehr von dauerndem Auf und Ab gekennzeichneten Prozess über drei, vier Generationen hinweg sich die sowjetische Gesellschaft öffnen und westlichen, nachindustriellen Verhältnissen angleichen wird.

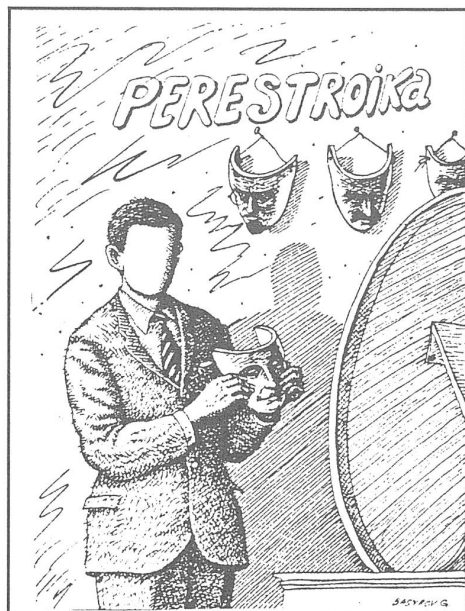
Das, was seit Gorbatschows Amtsübernahme erklärt und schon in Taten umgesetzt worden ist, lässt sich aus der Geschichte der Sowjetunion nicht mehr so leicht entfernen, wie noch vor einem halben Jahrhundert die Opfer Stalins zu Unpersonen degradiert werden konnten. Die grenzüberwindende moderne Kommunikation verhindert auch den Versuch, geistig autarke Inseln zu errichten. Und auf das, was Dissidente seit Chruschtschow und Offizielle seit Gorbatschow gesagt, geschrieben und veröffentlicht haben, kann und wird sich jede weitere sowjetische Generation berufen können. Ob es Gorbatschow persönlich gelingt, wie es seine erklärte Absicht ist, der Reformbewegung Irreversibilität zu verleihen, ist keineswegs schon sicher. Die Opposition ist noch stark, und die Hindernisse auch auf dem Weg zu diesem Zwischenziel sind überaus gross. Doch würde ein mögliches Misslingen in näherer Zukunft vermutlich nur eine kurze restaurative Phase ermöglichen – zu lähmend war bisher die Ideologie, zu gross ist jetzt der Zwang zur pragmatischen Anpassung an die Entwicklung in den offenen Gesellschaften.

Über eine Reihe interessanter und wichtiger Fragen lässt sich vorerst nur spekulieren. Auch das ist als bewusstseinsweiternde Vorbereitung auf bedeutsame Entwicklungen keineswegs überflüssig.

- Werden sich nationalistische Regungen in Zentralasien, aber auch in Georgien, der Ukraine und dem Baltikum – vor noch nicht allzulanger Zeit selbständige,

sogar souveräne Staaten – in Sezessionsbestrebungen verwandeln? Würde dies den Anfang vom Ende des Reformkurses bedeuten?

- Kann beispielsweise eine auf dem Reformweg weiterschreitende Führung in Moskau den heute noch starken sowjetischen Einfluss auf mitteleuropäische Staaten aufrecht erhalten? Die beiden, seit Gorbatschows Machtübernahme vorgenommenen Auswechslungen – Jakes folgte auf Husak in der CSSR, Grosz auf Kadar in Ungarn – lassen den Schluss zu, dass der von der Sowjetunion jetzt vorgezeichnete, breitere Spielraum durch die bisherigen Satelliten teils zögernd übernommen wird. Rumänien dürfte vorläufig links liegengelassen werden und sich möglicherweise zur geistigen Heimat frustrierter Dogmatiker erheben.
- Welcher Stellenwert kommt einer modernisierten, auf eigene materielle und weniger auf ideologische Interessen bedachten Sowjetunion zu? Wird sie zur führenden Macht eines Europas vom «Atlantik bis zum Ural»? Wird sie dank ihrer geopolitischen Lage eine Brücke bilden, auf der Europa und Asien sich näherrücken?
- Wie wird die Entwicklung in der Sowjetunion Chinas Beziehungen zum Westen und zu Osteuropa im tripolaren System beeinflussen? Wird das bisherige labile Gleichgewicht sich nahtlos in ein multipolares System als Kündler einer globalen Gesellschaft hinüberretten lassen?
- Dürfte eine reformwillige Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung – und deren spätere Ausgestaltung nach Beschluss der (westdeutschen) Mehrheit – zulassen, und wird Deutschland dann eine Rolle im Interesse der gesamten europäischen Gemeinschaft spielen oder einem nostalgischen «Drang nach Osten» verfallen?
- Wie soll der Westen im Rahmen zum Beispiel von «joint ventures» der Sowjetunion hohe Technologie zur Verfügung stellen, die dem Konsum statt der Rüstung zugute kommt?
- Kann ein West und Ost umfassender, geeinter industrialisierter Norden sich vor «Erpressungen» des «Südens» befreien, aber gleichzeitig die Entwicklungszusammenarbeit wirksamer in Angriff nehmen?
- Welchen Weg schlagen jene Gruppierungen ein, die sich seit den 60er Jahren zunächst als Neue Linke demokratiefeindlich gebärdet und ihre Modellvorstellungen gelegentlich bewusst und präzise, meist unbewusst und vage aus Moskau bezogen und dadurch bewirkt haben, dass der Ost-West-Konflikt nicht mehr geographisch abgegrenzt ist, sondern als Auseinandersetzung zwischen den Prinzipien Obrigkeit und Freiheit sich quer durch alle Völker zieht? Steht ihnen der Niedergang bevor wie scheinbar den nichtregierenden kommunisti-



«Moscow News», Nr. 26/1988

schen Parteien? Ersetzen sie diese in neuen, inoffiziellen Allianzen mit sowjetischen Dogmatikern, worauf der Abdruck eines Artikels des als «führender Progressiver» ausgegebenen Boris Kagarlitsky unter dem Titel «Wider den sowjetischen Marktfetischismus» (!) sowohl in der westdeutschen Zeitschrift «Arbeiterkampf» als auch in der Zürcher «Wochenzeitung» hindeuten könnte? Oder gehen sie einer Renaissance entgegen, weil sie nicht mehr als auslandabhängig gelten werden, zumal sie doch auch interne Krankheitserscheinungen der westlichen Industriegesellschaften signalisieren?

- Welches sind die Auswirkungen einer neuen Rolle der Sowjetunion auf das atlantische Bündnis, in dessen Rahmen die USA unter grossen Opfern Westeuropa und die Demokratie in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert zweimal militärisch und einmal wirtschaftlich gerettet haben?

Diese und weitere Fragen sind heute noch nicht zu beantworten. Wer jedoch Fragen aufwirft, sucht nach Antworten und vermag sie darum früher zu finden. Sie deuten wenigstens in Umrissen bereits jetzt die gewaltigen Veränderungen an, die dem Westen als Begleiterscheinungen eines erfolgreichen sowjetischen Reformkurses bevorstehen.

7. Zum Brückenschlag

Als Vorgriff auf dereinst möglich werdende Entwicklungen und Notwendigkeiten sind heute schon Überlegungen anzustellen. Es muss davon ausgegangen werden, dass der technische Fortschritt nicht nur grenzüberschreitende kommunikative Wirkungen zeitigt, sondern eine sich verstärkende internationale Kooperation erzwingt, die zu

Zusammenschlüssen nationaler Volkswirtschaften in einem kontinentalen Rahmen führt. Umso schmerzlicher werden Hindernisse empfunden, die solchen Verbindungen im Wege stehen, aber durch den «Regionalismus» doch auch wiederum gestärkt werden. Der «Graben» zwischen Ost- und Westeuropa, namentlich zwischen dem geschichtlichen Russland und den andern Ländern, ist eines der wichtigsten Hindernisse im europäischen Raum.

Historisch ist der geographische Graben auf die tatarische Suzeränität (bedingte Souveränität) über Russland zurückzuführen, da dieses während zwei Jahrhunderten und bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts dem Khan der Mongolen tributpflichtig, vor allem aber im Aufbau von Institutionen und in der Rechtsentwicklung anderen Einflüssen ausgesetzt war als das westliche Europa. Annäherungen durch das Abschleifen von kontakterschwerenden ethnischen Sonderheiten im persönlichen Verkehr waren durch den polnisch-litauisch-ukrainischen (römisch-katholischen) Riegel bis hin zum heutigen Rumänien, das sich als romanische Sprachinsel immer dem Westen verbunden fühlte, lange Zeit erschwert, wenn nicht gar als überflüssig erschienen.

Westeuropa genügte sich selber und erstarkte mit der Erforschung und Kolonialisierung der gemässigten und südlichen Zonen der weiten Welt; es war am unbekanntesten Riesen im Norden nicht interessiert. Wichtig waren die Handelsverbindungen nach Indien und China, welche die Spanier und Portugiesen im 16. Jahrhundert erschlossen: Gewürze und Seide waren stärker nachgefragt wie Pelze. Als England erwachte und die südlichen Wege nach dem Osten besetzt fand, versuchte es 1553, einen Zugang zu Asien mit der Nordostpassage zu finden. So entdeckte Richard Chancellor zufällig Moskau. Das Ereignis ist erwähnenswert, weil es zur Gründung der ersten, auf Dauer eingerichteten Aktiengesellschaft in der Wirtschaftsgeschichte führte. Die Muscovy Company war aber nur auf den Handel angelegt.

Und Händler, das waren Ausländer, vorab die Hanseaten, wurden von den Zaren lange Zeit auf Distanz gehalten aus Angst vor verunsichernden westlichen Einflüssen, nicht vor dynastischen Bindungen, bis Peter I. – und darum der Grosse genannt – das Fenster zum Westen aufsties, seitdem er auf Reisen nach Holland und England sich der Rückständigkeit Russlands in ihrer vollen Tragweite bewusst geworden war. Zu Hunderten und Tausenden holte er sie aus Westeuropa: Architekten für die von ihm bestimmte neue Hauptstadt Petersburg, Schiffsbauer für die von ihm erträumte Flotte, Offiziere aller Grade für die von ihm geführten Kriege, Wissenschaftler für die von ihm gegründete Akademie, aber auch Künstler, Kunsthandwerker und Facharbeiter zur Bildung und Bereicherung des von ihm erwünschten kulturellen Bodens. Und Berater, unter ihnen den Genfer François Lefort,

der einzige aus dem Binnenland, der es je zum Grossadmiral gebracht hat.

Der Reformbewegung Peters erwachsen grosse Widerstände, von seiten seiner Familie und des Adels – er überwand sie mit der Verbannung der Regentin Sophia – von seiten der Garde – er enthauptete eigenhändig einige Dutzend Strelizen; von seiten der orthodoxen Kirche – er entmachtete sie durch die Einrichtung einer Synode; von seiten des Volkes, d. h. der Bauern, die zur Leibeigenschaft verdammt und daher zum fatalistischen Akzept des Bestehenden erzogen waren und Änderungen kleinmütig als Verstoss gegen Gott und die Natur betrachteten. Zar Peter ordnete die Rasur an. Wer auf seinen Bart nicht verzichtete, wurde als sektiererischer Altgläubiger geächtet.

Das war die erste Reformwelle in Russland. Sie genügte nicht, um soziale und politische Prägungen vollends abzuwerfen und ungünstige klimatische Einflüsse zu neutralisieren, erlaubte aber bereits dem Universalgenie Lomonossow, zu schöner Blüte zu gelangen. Das half den Weg für eine deutsche Prinzessin zu ebnen, damit sie als russische Zarin – Katharina die Grosse – die Aufklärung wenigstens im geistigen Bereiche mindestens dem russischen Adel und den ersten, noch spärlichen Intellektuellen vermitteln konnte.

All dies durchschlug den dünnen Firnis einer kleinen, zunehmend westeuropäisch erzogenen, sprechenden, denkenden, aber sich so auch vom Volke trennenden Oberschicht nicht. Auch dann nicht, als russische Armeen in den Wirren nach der Französischen Revolution in Westeuropa eingriffen und 1799 selbst vor Zürich eine Schlacht gegen die Franzosen lieferten und verloren.

Es war nur eine Minderheit von Offizieren, die von konstitutionellen Monarchien und Republiken und von der Lösung der sozialen Frage in diesen Ländern zutiefst beeindruckt war. Nach Hause zurückgekehrt, bildeten sie Geheimgesellschaften und planten den revolutionären Aufstand im Dienste sozialer und wirtschaftlicher Ziele. Mitte Dezember 1825, nach dem Tod Alexanders I. (daher gingen sie als Dekabristen oder Dezembristen in die Geschichte ein), wollten sie die Macht übernehmen, in Tagen voller Spannung, als noch unsicher war, ob der erste Bruder, Konstantin, oder der zweite, Nikolaus, die Nachfolge Alexanders antreten werde. Da zeigte sich deutlich der geistige Graben zum Volk, das teilnahmslos blieb. Selbst die für den Aufstand requirierten Soldaten hatten keine grosse Ahnung, um was es ging: Sie skandierte zwar «Konstantin und Konstitution», glaubten jedoch, «Konstituzija» sei die Gattin des in Warschau residierenden Grossfürsten, der geraume Zeit zuvor schon auf den Thron verzichtet hatte.

Die Nachfahren dieser Dekabristen – sie wurden zu Vorfahren der Bolschewisten – versuchten den «Weg zum Volk» zu begehen; die Narodniki verzweifelten indes bald



François Lefort und Caesar Frédéric de La Harpe, zwei Schweizer Vorläufer des westlichen Brückenschlages nach Russland.

an der Skepsis der Bauern, die sie der Dummheit, Sturheit und Bigotterie bezichtigten.

Solche Rückständigkeit hatte die grossen Reformen Alexanders II. 1861 – neben der Schul- und Justizreform besonders die Aufhebung der Leibeigenschaft – eines durchschlagenden Erfolges beraubt. Daher wandten sich die Intellektuellen desillusioniert dem Terror zu, um die angestrebten Reformen gewaltsam zu erzwingen. Lenins älterer Bruder war Mitläufer und Mittäter und wurde deswegen hingerichtet. Umso näher lag für Lenin selbst der Gedanke, dass eine Handvoll Revolutionäre Russland aus den Angeln heben könnte. Die vielversprechenden Reformansätze Stolypins nach der «kleinen» Revolution von 1905 gingen in den hohen Wogen des Ersten Weltkrieges unter; dank der russischen Niederlage konnte Lenin die Macht übernehmen. Damit war der Weg zum totalitären Verständnis der Diktatur des Proletariates geebnet. Im leninistischen Voluntarismus wurde der deterministische Marxismus russifiziert und seinem Wesen entfremdet. So wurde die Gelegenheit verpasst, den Graben zwischen West- und Osteuropa für das erste marxistisch zu überbrücken; mittlerweile ist der sowjetische Versuch gescheitert, einen leninistischen Weg nach Westeuropa zu schlagen.

Kulturhistorisch ist die Aufgabe der Überwindung des Grabens seit langem gestellt. Aus wirtschaftlich-technologischen Gründen ist nun eine rasche Lösung unumgänglich. Gegen solche Sachzwänge wird sich mit der Zeit sogar russisches Beharrungsvermögen erfolglos stemmen. Gorbatschow ist zum Symbol dieser Notwendigkeit geworden. Und vielleicht zum Träger der Ausführung bestellt: Dank den zunehmend störungsunabhängigen Kommunikationsmöglichkeiten seit Kriegsende und den intensivierten Kontaktmöglichkeiten seit dem Tod Stalins sind wachsende Teile der slawischen Völker in der Sowjetunion einsichtig, dass der Graben zugeschüttet werden muss – vor allem auch im Interesse Osteuropas. Die Spaltung Russlands in Westler und Slawophile besteht seit Jahrhunderten, doch sind die ersteren jetzt im Vormarsch. Deren Exponent ist heute Sacharow; vielleicht wird sich erweisen, dass Gorbatschow dieser geistigen Strömung zuzuzählen ist.

Die Annäherung besonders an die Westler erfolgt nicht auf *einer* Brücke und nicht in *einer* Begegnung. Es braucht zahlreiche Brücken und zahllose Begegnungen und sehr viel Zeit. Das Vorzeichen des kontinentalen Europas – ob das einer offenen oder einer geschlossenen Gesellschaft – wird von jenem Teil gesetzt werden, der aus besserer Kenntnis des künftigen Partners, seiner Geschichte und seines Wesens, ihm das eigene Werden und Sein näherzubringen vermag, und vor allem: eine Gesellschaftsordnung vertritt, die der grösseren Zahl von Menschen echte Selbstverwirklichung erlaubt, die Menschenrechte umfassender gewährleistet und sowohl der Vergangenheit mit Kulturgüter-

schutz als auch der Gegenwart mit Umweltschutz eine Zukunft sichert.

Die Schweiz hat zum Brückenschlag einen Beitrag zu leisten. Sie ist in der Sowjetunion zwar bekannt, aber das eher einseitig.

Zürich, Bern, Genf, auch Zimmerwald und Kiental, sind als Orte des Aufenthaltes und des Wirkens von Wladimir I. Lenin während Jahrzehnten den Schulkindern der Sowjetunion im Geschichts- und Ideologieunterricht eingetrichtert worden. Es gab Karten, auf denen Zimmerwald und Kiental der gleiche Stellenwert wie Bern, Zürich und Basel zugeordnet wurde. Das wird im Unterricht in dem Ausmass zurücktreten, als die sowjetische Geschichte aufgearbeitet wird. Dann wird sich erweisen, dass Schweizer gar über Jahrhunderte hinweg mit Russland verbunden waren: Lefort und La Harpe waren einflussreiche Berater zweier Zaren, die vom Volk immer hochgeschätzt worden sind: Peter der Grosse und Alexander der Erste; Bernoulli und Euler waren berühmte Mathematiker und frühe Mitglieder der Petersburger Akademie der Wissenschaften; Trezzini und die Gilardi waren fähige Architekten, die am Bau von St. Petersburg und am Ausbau von Moskau mitwirkten.

Katharina die Grosse hat Bauern auch aus der Schweiz angeworben und am Unterlauf der Wolga angesiedelt, wo bis 1917 Dörfer nach schweizerischen Kantonen und Städten benannt waren. Die Simmentaler Kühe sind quantitativ immer noch die viertgrösste Rinderrasse der Sowjetunion. Käser haben einiges zur Entwicklung der russischen Milchwirtschaft beigetragen. Derweil der Melker in Ostpreussen als «Schweizer» bezeichnet wurde, war es in Russland der Hofmeister, ist es heute noch der Portier. Die Schweiz hat Textilfachleute, Uhrmacher, Zuckerbäcker, Kaufleute, sogar Verleger und Fabrikanten gestellt, und ausgangs des 19. Jahrhunderts war die Schweizerkolonie in Russland die grösste Gruppe der Fünften Schweiz. Das sind geschichtliche Beziehungen, denen eine gefühlsmässige Bedeutung zukommt, an die anzuknüpfen sein wird.

Form und Inhalt der wirtschaftlichen und politischen Ost-West-Beziehungen verschoben sich langsam von Abgrenzung auf Annäherung. Mit diesem Wandel werden menschliche Kontakte und Begegnungen erweitert und vertieft. Das stellt eine gegenseitige Herausforderung des Nehmens und Gebens dar, wobei ganz Osteuropa ebenso viel zu lehren wie zu lernen hat. Es tritt in den *Prozess* der Befreiung ein, während welchem das Sensorium für Voraussetzungen und Bedingungen der Freiheit geschärft wird: Rechtsstaatlichkeit, Konsensfähigkeit im Allgemeininteresse, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein, Vergeistigung der Werte, ethische Sinnggebung unter veränderten Verhältnissen, Überwindung der nur-materialistischen Ausrichtung. Im Westen ist die Befreiung zum *Zustand* geworden, in welchem dieses Sensorium gegenwärtig eher zu verkümmern scheint. □